



10/2015 Anzeiger der Universität der Künste Berlin

vom 2. September 2015

Inhalt	Seite
Zulassungsordnung für den Bachelorstudiengang „Klavier“ an der Fakultät Musik	2 - 3
Zulassungsordnung für den konsekutiven Masterstudiengang „Klavier-Solist/Solistin (auch mit Schwerpunkt Neue Musik)“ an der Fakultät Musik	4 - 5
Zulassungsordnung für den konsekutiven Masterstudiengang „Klavier mit Schwerpunkt in Kammermusik und Liedbegleitung oder mit Schwerpunkt Kammermusik oder mit Schwerpunkt Liedbegleitung“ an der Fakultät Musik	6 - 7
Zulassungsordnung für den Studiengang „Konzertexamen Klavier“ an der Fakultät Musik	8 - 9
Neufassung der Sozialfonds-Satzung der Universität der Künste Berlin gemäß §18a Abs.5 Berliner Hochschulgesetz (BerHGG) vom 20. Mai 2015	10 - 12

Zulassungsordnung für den Bachelorstudiengang „Klavier“ an der Fakultät 03 – Musik – der Universität der Künste Berlin

vom 11. Februar 2015

Aufgrund von § 71 Abs.1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerHGG) in der Neufassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378) hat der Fakultätsrat der Fakultät 03 – Musik – der Universität der Künste Berlin am 11. Februar 2015 folgende Ordnung beschlossen:

- § 1 Zugangsvoraussetzungen
- § 2 Zulassungsantrag
- § 3 Zulassungsverfahren
- § 4 Entscheidung über die Zulassung
- § 5 Zulassungskommission
- § 6 Öffentlichkeit
- § 7 Protokoll
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 1 Zugangsvoraussetzungen

Für das Studium im Bachelorstudiengang „Klavier“ müssen die folgenden Zugangsvoraussetzungen gegeben sein:

1. Eine besondere künstlerische Begabung und
2. für ausländische und staatenlose Studienbewerber und Studienbewerberinnen ausreichende deutsche Sprachkenntnisse gemäß der Satzung für Studienangelegenheiten der Universität der Künste Berlin.

§ 2 Zulassungsantrag

(1) Die Bewerbung um Zulassung setzt einen schriftlichen Antrag (Zulassungsantrag) voraus. Dieser muss innerhalb der festgesetzten Bewerbungsfrist bei der Universität der Künste Berlin an der Fakultät 03 – Musik im Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier eingegangen sein. Die Bewerbungsfrist ist eine Ausschlussfrist.

(2) Dem Zulassungsantrag sind beizufügen:

1. Ein tabellarischer Lebenslauf,
2. Zeugnisse über die Schulbildung,
3. bei Bewerbern und Bewerberinnen mit Vorstudien zusätzlich Nachweise über die bereits erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen und
4. bei ausländischen und staatenlosen Studienbewerbern und Studienbewerberinnen der Nachweis über die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache.

§ 3 Zulassungsverfahren

(1) Jeder Bewerber und jede Bewerberin hat sich einer Zugangsprüfung zu unterziehen. In der Zugangsprüfung muss der Bewerber bzw. die Bewerberin eine besondere künstlerische Begabung und die dazugehörigen Fähigkeiten und Kenntnisse durch Alter und Ausbildungsstand entsprechende Leistungen nachweisen. Diese Leistungen müssen ein erfolgreiches Studium erwarten lassen.

(2) Die Zugangsprüfung findet am Ende der Vorlesungszeit für das folgende Semester statt und wird unter der Betreuung der Fakultät Musik von dem Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier organisiert und durchgeführt.

(3) Die Zugangsprüfung besteht aus folgenden Teilen:

1. Vortrag von drei Werken unterschiedlicher Stilrichtungen, von denen eines von J.S. Bach stammen soll, eines eine Sonate der Wiener Klassik (Haydn, Mozart, Beethoven) sein muss sowie ein drittes Stück freier Wahl,
2. Vom-Blatt-Spiel und
3. Musiktheorie (Tonsatz und Gehörbildung); Dauer: etwa eine Stunde; schriftlich: Erkennen und Bestimmen von Intervallen, Dreiklängen, Septakkorden und deren Umkehrungen, Kadenz sowie Melodien und freien Tonfolgen; vorausgesetzt wird die Kenntnis der allgemeinen Musiklehre. Die musiktheoretische Prüfung in den Teilprüfungen Tonsatz und Gehörbildung muss bestanden sein.

Die Zulassungskommission behält sich vor, nur Teile des vorbereiteten Programms anzuhören.

(4) Die Bewerbungsfristen für die im Falle der bestandenen Zugangsprüfung zusätzlich erforderliche Online-Bewerbung werden rechtzeitig vorher veröffentlicht.

§ 4 Entscheidung über die Zulassung

(1) Der Bewerber oder die Bewerberin wird zum Studium zugelassen, wenn er oder sie auf Grund des Ergebnisses der Zugangsprüfung die für den gewählten Studiengang erforderliche besondere künstlerische Begabung nachgewiesen und die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 2 erfüllt hat.

(2) Das Ergebnis des Zulassungsverfahrens ist dem Bewerber oder der Bewerberin nach Abschluss der Beratungen und Überprüfung der eingereichten Unterlagen schriftlich bekannt zu geben. Für den Bewerber oder die Bewerberin negative Entscheidungen sind mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

(3) Eine erfolgte Zulassung gilt für das sich anschließende Semester. Über Ausnahmen entscheidet die Zulassungskommission.

§ 5 Zulassungskommission

(1) Die Durchführung des Zulassungsverfahrens obliegt der Zulassungskommission. Sie trifft alle hierfür notwendigen Entscheidungen.

(2) Die Zulassungskommission, einschließlich ihres oder ihrer Vorsitzenden sowie des Stellvertreters oder der Stellvertreterin, wird vom Fakultätsrat bestimmt. Sie besteht aus einer ungeraden Zahl von Mitgliedern von hauptberuflichen Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen und akademischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit selbständiger Lehrtätigkeit, wobei die Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen die Mehrheit stellen. Vorsitzender oder Vorsitzende einer Zulassungskommission und dessen oder deren Stellvertreter

oder Stellvertreterin können nur hauptberufliche Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sein. Entscheidungen der Zulassungskommission bedürfen der Mehrheit ihrer Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre.

(3) An den Sitzungen der Zulassungskommission nehmen zwei Studierende mit Rederecht teil. Sie werden vom Fakultätsrat bestimmt.

§ 6 Öffentlichkeit

Mitglieder des Lehrkörpers der Universität der Künste Berlin sowie Bewerber und Bewerberinnen können als Zuhörer bzw. Zuhörerinnen der Zugangsprüfung beiwohnen. Dies gilt nicht für die Beratung und Bekanntgabe der Zulassungsentscheidung.

§ 7 Protokoll

Über jeden Abschnitt der Zugangsprüfung ist ein Protokoll zu führen. In dem Protokoll müssen die Namen der Mitglieder der Zulassungskommission und die Namen der Bewerber und Bewerberinnen, Ort, Datum und Uhrzeit der Prüfungen, die einzelnen Beurteilungen, das Abstimmungsergebnis sowie ggf. die Begründung für die Ablehnung enthalten sein. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden der Zulassungskommission und vom Protokollführer oder von der Protokollführerin zu unterzeichnen.

§ 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

Einzelheiten regelt die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang „Klavier“ in der jeweils geltenden Fassung.

§ 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Zulassungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Anzeiger der Universität der Künste Berlin in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Zulassungsordnung vom 24. April 2013 (UdK-Anzeiger 9/2013 vom 14. Oktober 2013) außer Kraft.

Zulassungsordnung für den konsekutiven Masterstudiengang „Klavier – Solist/Solistin (auch mit Schwerpunkt Neue Musik)“ an der Fakultät 03 – Musik – der Universität der Künste Berlin

vom 11. Februar 2015

Aufgrund von § 71 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) in der Neufassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378) hat der Fakultätsrat der Fakultät 03 – Musik – der Universität der Künste Berlin am 11. Februar 2015 folgende Ordnung beschlossen:

- § 1 Zugangsvoraussetzungen
- § 2 Zulassungsantrag
- § 3 Zulassungsverfahren
- § 4 Entscheidung über die Zulassung
- § 5 Zulassungskommission
- § 6 Öffentlichkeit
- § 7 Protokoll
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 1 Zugangsvoraussetzungen

Für das Studium im Masterstudiengang „Klavier – Solist/Solistin (auch mit Schwerpunkt Neue Musik)“ müssen die folgenden Zugangsvoraussetzungen gegeben sein:

1. Ein Hochschulabschluss im Bachelorstudiengang „Klavier“ an der Universität der Künste Berlin oder in einem gleichwertigen Studiengang an der Universität der Künste Berlin oder einer anderen Hochschule,
2. eine besondere künstlerische Begabung und
3. für ausländische und staatenlose Studienbewerber und Studienbewerberinnen ausreichende deutsche Sprachkenntnisse gemäß der Satzung für Studienangelegenheiten der Universität der Künste Berlin.

§ 2 Zulassungsantrag

(1) Die Bewerbung um Zulassung setzt einen schriftlichen Antrag (Zulassungsantrag) voraus. Dieser muss innerhalb der festgesetzten Bewerbungsfrist bei der Universität der Künste Berlin an der Fakultät 03 – Musik im Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier eingegangen sein. Die Bewerbungsfrist ist eine Ausschlussfrist. Sollte der Schwerpunkt Neue Musik gewählt werden, so ist dies bei der Bewerbung anzugeben.

(2) Dem Zulassungsantrag sind beizufügen:

1. Ein tabellarischer Lebenslauf,
2. Zeugnis über den entsprechenden Hochschulabschluss gemäß § 1 Nr. 1,
3. ggf. Nachweise bisheriger Studienzeiten sowie bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen und
4. bei ausländischen und staatenlosen Studienbewerbern und Studienbewerberinnen der Nachweis über die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache.

§ 3 Zulassungsverfahren

(1) Die Bewerber und Bewerberinnen, die die Voraussetzungen nach § 1 Nr. 1 und 3 erfüllen, haben sich einer Zugangsprüfung zu unterziehen. Zweck der Zugangsprüfung ist es festzustellen, ob die für die Zulassung erforderliche besondere künstlerische Begabung vorliegt.

(2) Die Zugangsprüfung findet in der Regel am Ende der Vorlesungszeit für das folgende Semester statt und wird unter der Betreuung der Fakultät Musik von dem Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier organisiert und durchgeführt.

(3) Die Überprüfung der besonderen künstlerischen Begabung für den Masterstudiengang findet für Bewerber und Bewerberinnen aus dem Bachelorstudiengang „Klavier“ an der Universität der Künste Berlin gemeinsam mit der Prüfung des studienabschließenden Moduls statt. Eine Zulassung kann nur erfolgen, wenn die Prüfungskommission beschließt, dass die Leistung des Bewerbers bzw. der Bewerberin für den Masterstudiengang „Klavier – Solist/Solistin (auch mit Schwerpunkt Neue Musik)“ geeignet ist. Für Bewerber und Bewerberinnen mit einem anderen qualifizierten Hochschulabschluss findet eine gesonderte Zugangsprüfung statt, die den Anforderungen der studienabschließenden Modulprüfung entspricht. Alle Bewerber und Bewerberinnen müssen ein künstlerisches Entwicklungspotential erkennen lassen, das deutlich über das Niveau des Bachelorabschlusses hinausweist und das den erfolgreichen Abschluss dieses Masterstudiums erwarten lässt.

(4) Zur gesonderten Zugangsprüfung sind vorzubereiten:

1. Drei Präludien und drei Fugen oder ein größeres Werk von J.S. Bach,
2. eine klassische Sonate (Haydn, Mozart, Beethoven),
3. ein großes Werk der Romantik,
4. ein Werk der klassischen Moderne oder des Impressionismus,
5. ein Werk der Neuen Musik (ab 1950),
6. eine Etüde von F. Chopin sowie
7. Vom-Blatt-Spiel.

Die Bewerber und Bewerberinnen müssen dabei eine besondere Begabung für die spätere Laufbahn als Solist bzw. Solistin erkennen lassen. Bei Wahl des Schwerpunktes Neue Musik soll dieser in die Auswahl der vorbereiteten Werke einfließen. Die Kommission behält sich vor, nur Teile des vorbereiteten Programms anzuhören.

(5) Die Bewerbungsfristen für die im Falle der bestandenen Zugangsprüfung zusätzlich erforderliche Online-Bewerbung werden rechtzeitig vorher veröffentlicht.

§ 4 Entscheidung über die Zulassung

(1) Der Bewerber oder die Bewerberin wird zum Studium zugelassen, wenn er oder sie auf Grund des Ergebnisses der Zugangsprüfung die für den gewählten Studiengang erforderliche besondere künstlerische Begabung nachgewiesen und die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 2 erfüllt hat.

(2) Das Ergebnis des Zulassungsverfahrens ist dem Bewerber oder der Bewerberin nach Abschluss der Beratungen und Überprüfung der eingereichten Unterlagen schriftlich bekannt zu geben. Für den Bewerber oder die Bewerberin negative Entscheidungen sind mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

(3) Eine erfolgte Zulassung gilt für das sich anschließende Semester. Über Ausnahmen entscheidet die Zulassungskommission.

§ 5 Zulassungskommission

(1) Die Durchführung des Zulassungsverfahrens obliegt der Zulassungskommission. Sie trifft alle hierfür notwendigen Entscheidungen.

(2) Die Zulassungskommission, einschließlich ihres oder ihrer Vorsitzenden sowie des Stellvertreters oder der Stellvertreterin, wird vom Fakultätsrat bestimmt. Sie besteht aus einer ungeraden Zahl von Mitgliedern von hauptberuflichen Hochschullehrern und hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und akademischen Mitarbeitern und akademischen Mitarbeiterinnen mit selbständiger Lehrtätigkeit, wobei die Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen die Mehrheit stellen. Vorsitzender oder Vorsitzende einer Zulassungskommission und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin können nur hauptberufliche Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sein. Entscheidungen der Zulassungskommission bedürfen der Mehrheit ihrer Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre.

(3) An den Sitzungen der Zulassungskommission nehmen zwei Studierende mit Rederecht teil. Sie werden vom Fakultätsrat bestimmt.

§ 6 Öffentlichkeit

Mitglieder des Lehrkörpers der Universität der Künste Berlin sowie Bewerber und Bewerberinnen können als Zuhörer bzw. Zuhörerinnen der Zugangsprüfung beiwohnen. Dies gilt nicht für die Beratung und Bekanntgabe der Zulassungsentscheidung.

§ 7 Protokoll

Über jeden Abschnitt der Zugangsprüfung ist ein Protokoll zu führen. In dem Protokoll müssen die Namen der Mitglieder der Zulassungskommission und die Namen der Bewerber und Bewerberinnen, Ort, Datum und Uhrzeit der Prüfungen, die einzelnen Beurteilungen, das Abstimmungsergebnis sowie ggf. die Begründung für die Ablehnung enthalten sein. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden der Zulassungskommission und vom Protokollführer oder von der Protokollführerin zu unterzeichnen.

§ 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

Einzelheiten regelt die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Klavier – Solist/Solistin (auch mit Schwerpunkt Neue Musik)“ in der jeweils geltenden Fassung.

§ 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Zulassungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Anzeiger der Universität der Künste Berlin in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Zulassungsordnung vom 19. Januar 2011 (UdK-Anzeiger 1/2012 vom 10. Januar 2012) außer Kraft.

Zulassungsordnung für den konsekutiven Masterstudiengang „Klavier mit Schwerpunkt in Kammermusik und Liedbegleitung oder mit Schwerpunkt Kammermusik oder mit Schwerpunkt Liedbegleitung“ an der Fakultät 03 - Musik - der Universität der Künste Berlin

vom 11. Februar 2015

Aufgrund von § 71 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) in der Neufassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378) hat der Fakultätsrat der Fakultät 03 – Musik – der Universität der Künste Berlin am 11. Februar 2015 folgende Ordnung beschlossen:

- § 1 Zugangsvoraussetzungen
- § 2 Zulassungsantrag
- § 3 Zulassungsverfahren
- § 4 Entscheidung über die Zulassung
- § 5 Zulassungskommission
- § 6 Öffentlichkeit
- § 7 Protokoll
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 1 Zugangsvoraussetzungen

Für das Studium im Masterstudiengang „Klavier mit Schwerpunkt in Kammermusik und Liedbegleitung oder mit Schwerpunkt Kammermusik oder mit Schwerpunkt Liedbegleitung“ müssen die folgenden Zugangsvoraussetzungen gegeben sein:

1. Ein Hochschulabschluss im Bachelorstudiengang „Klavier“ an der Universität der Künste Berlin oder in einem gleichwertigen Studiengang an der Universität der Künste Berlin oder einer anderen Hochschule,
2. eine besondere künstlerische Begabung und
3. für ausländische und staatenlose Studienbewerber und Studienbewerberinnen ausreichende deutsche Sprachkenntnisse gemäß der Satzung für Studienangelegenheiten der Universität der Künste Berlin.

§ 2 Zulassungsantrag

(1) Die Bewerbung um Zulassung setzt einen schriftlichen Antrag (Zulassungsantrag) voraus. Dieser muss innerhalb der festgesetzten Bewerbungsfrist bei der Universität der Künste Berlin an der Fakultät 03 – Musik im Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier eingegangen sein. Die Bewerbungsfrist ist eine Ausschlussfrist. Der gewählte Schwerpunkt ist bei der Bewerbung anzugeben.

(2) Dem Zulassungsantrag sind beizufügen:

1. Ein tabellarischer Lebenslauf,
2. Zeugnis über den entsprechenden Hochschulabschluss gemäß § 1 Nr. 1,
3. ggf. Nachweise bisheriger Studienzeiten sowie bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen und
4. bei ausländischen und staatenlosen Studienbewerbern und Studienbewerberinnen der Nachweis über die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache.

§ 3 Zulassungsverfahren

(1) Die Bewerber und Bewerberinnen, die die Voraussetzungen nach § 1 Nr. 1 und 3 erfüllen, haben sich einer Zugangsprüfung zu unterziehen. Zweck der Zugangsprüfung ist es festzustellen, ob die für die Zulassung erforderliche besondere künstlerische Begabung vorliegt.

(2) Die Zugangsprüfung findet in der Regel am Ende der Vorlesungszeit für das folgende Semester statt und wird unter der Betreuung der Fakultät Musik von dem Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier organisiert und durchgeführt.

(3) Die Überprüfung der besonderen künstlerischen Begabung für den Masterstudiengang findet für Bewerber und Bewerberinnen aus dem Bachelorstudiengang „Klavier“ an der Universität der Künste Berlin gemeinsam mit der Prüfung des studienabschließenden Moduls statt. Eine Zulassung kann nur erfolgen, wenn die Prüfungskommission beschließt, dass die Leistung des Bewerbers bzw. der Bewerberin für den Masterstudiengang „Klavier mit Schwerpunkt in Kammermusik und Liedbegleitung oder mit Schwerpunkt Kammermusik oder mit Schwerpunkt Liedbegleitung“ geeignet ist. Für Bewerber und Bewerberinnen mit einem anderen qualifizierten Hochschulabschluss findet eine gesonderte Zugangsprüfung statt, die den Anforderungen der studienabschließenden Modulprüfung entspricht. Alle Bewerber und Bewerberinnen müssen ein künstlerisches Entwicklungspotential erkennen lassen, das deutlich über das Niveau des Bachelorabschlusses hinausweist und das den erfolgreichen Abschluss dieses Masterstudiums erwarten lässt.

(4) Zur gesonderten Zugangsprüfung sind vorzubereiten:

1. Drei Präludien und drei Fugen oder ein größeres Werk von J.S. Bach,
2. eine klassische Sonate (Haydn, Mozart, Beethoven),
3. ein großes Werk der Romantik,
4. ein Werk der klassischen Moderne oder des Impressionismus,
5. ein Werk der Neuen Musik (ab 1950),
6. eine Etüde von F. Chopin sowie
7. Vom-Blatt-Spiel.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen dabei eine besondere Begabung für die spätere Laufbahn als Kammermusiker oder Kammermusikerin bzw. Liedbegleiter oder Liedbegleiterin erkennen lassen. Die Kommission behält sich vor, nur Teile des vorbereiteten Programms anzuhören.

(5) Die Bewerbungsfristen für die im Falle der bestandenen Zugangsprüfung zusätzlich erforderliche Online-Bewerbung werden rechtzeitig vorher veröffentlicht.

§ 4 Entscheidung über die Zulassung

(1) Der Bewerber oder die Bewerberin wird zum Studium zugelassen, wenn er oder sie auf Grund des Ergebnisses der Zugangsprüfung die für den gewählten Studiengang erforderliche besondere künstlerische Begabung nachgewiesen und die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 2 erfüllt hat.

(2) Das Ergebnis des Zulassungsverfahrens ist dem Bewerber oder der Bewerberin nach Abschluss der Beratungen und Überprüfung der eingereichten Unterlagen schriftlich bekannt zu geben. Für den Bewerber oder die Bewerberin negative Entscheidungen sind mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

(3) Eine erfolgte Zulassung gilt für das sich anschließende Semester. Über Ausnahmen entscheidet die Zulassungskommission.

§ 5 Zulassungskommission

(1) Die Durchführung des Zulassungsverfahrens obliegt der Zulassungskommission. Sie trifft alle hierfür notwendigen Entscheidungen.

(2) Die Zulassungskommission, einschließlich ihres oder ihrer Vorsitzenden sowie des Stellvertreters oder der Stellvertreterin, wird vom Fakultätsrat bestimmt. Sie besteht aus einer ungeraden Zahl von Mitgliedern von hauptberuflichen Hochschullehrern und hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und akademischen Mitarbeitern und akademischen Mitarbeiterinnen mit selbständiger Lehrtätigkeit, wobei die Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen die Mehrheit stellen. Vorsitzender oder Vorsitzende einer Zulassungskommission und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin können nur hauptberufliche Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sein. Entscheidungen der Zulassungskommission bedürfen der Mehrheit ihrer Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre.

(3) An den Sitzungen der Zulassungskommission nehmen zwei Studierende mit Rederecht teil. Sie werden vom Fakultätsrat bestimmt.

§ 6 Öffentlichkeit

Mitglieder des Lehrkörpers der Universität der Künste Berlin sowie Bewerber und Bewerberinnen können als Zuhörer bzw. Zuhörerinnen der Zugangsprüfung beiwohnen. Dies gilt nicht für die Beratung und Bekanntgabe der Zulassungsentscheidung.

§ 7 Protokoll

Über jeden Abschnitt der Zugangsprüfung ist ein Protokoll zu führen. In dem Protokoll müssen die Namen der Mitglieder der Zulassungskommission und die Namen der Bewerber und Bewerberinnen, Ort, Datum und Uhrzeit der Prüfungen, die einzelnen Beurteilungen, das Abstimmungsergebnis sowie ggf. die Begründung für die Ablehnung enthalten sein. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden der Zulassungskommission und vom Protokollführer oder von der Protokollführerin zu unterzeichnen.

§ 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

Einzelheiten regelt die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Klavier mit Schwerpunkt in Kammermusik und Liedbegleitung oder mit Schwerpunkt Kammermusik oder mit Schwerpunkt Liedbegleitung“ in der jeweils geltenden Fassung.

§ 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Zulassungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Anzeiger der Universität der Künste Berlin in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Zulassungsordnung vom 19. Januar 2011 (UdK-Anzeiger 1/2012 vom 10. Januar 2012) außer Kraft.

Zulassungsordnung für den Studiengang „Konzertexamen Klavier“ an der Fakultät 03 – Musik – der Universität der Künste Berlin

vom 11. Februar 2015

Aufgrund von § 71 Abs.1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerHGG) in der Neufassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378) hat der Fakultätsrat der Fakultät 03 – Musik – der Universität der Künste Berlin am 11. Februar 2015 folgende Ordnung beschlossen:

- § 1 Zugangsvoraussetzungen
- § 2 Zulassungsantrag
- § 3 Zulassungsverfahren
- § 4 Entscheidung über die Zulassung
- § 5 Zulassungskommission
- § 6 Öffentlichkeit
- § 7 Protokoll
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 1 Zugangsvoraussetzungen

Für das Studium im Studiengang „Konzertexamen Klavier“ müssen die folgenden Zugangsvoraussetzungen gegeben sein:

1. Ein Hochschulabschluss im Masterstudiengang „Klavier – Solist/Solistin (auch mit Schwerpunkt Neue Musik)“ der Universität der Künste Berlin oder ein damit vergleichbarer Abschluss im Hauptfach,
2. eine herausragende künstlerische Begabung und
3. für ausländische und staatenlose Studienbewerber und Studienbewerberinnen ausreichende deutsche Sprachkenntnisse gemäß der Satzung für Studienangelegenheiten der Universität der Künste Berlin.

§ 2 Zulassungsantrag

(1) Die Bewerbung um Zulassung setzt einen schriftlichen Antrag (Zulassungsantrag) voraus. Dieser muss innerhalb der festgesetzten Bewerbungsfrist bei der Universität der Künste Berlin an der Fakultät 03 – Musik im Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier eingegangen sein. Die Bewerbungsfrist ist eine Ausschlussfrist.

(2) Dem Zulassungsantrag sind beizufügen:

1. Ein tabellarischer Lebenslauf,
2. Zeugnis über den entsprechenden Hochschulabschluss gemäß § 1 Nr. 1,
3. Nachweise bisheriger Studienzeiten sowie bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen und
4. bei ausländischen und staatenlosen Studienbewerbern und Studienbewerberinnen der Nachweis über die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache.

§ 3 Zulassungsverfahren

(1) Alle Bewerber und Bewerberinnen, die die Voraussetzungen nach § 1 Nr. 1 und 3 erfüllen, haben sich einer Zugangsprüfung zu unterziehen. Zweck der Zugangsprüfung ist es festzustellen, ob die für die Zulassung erforderliche herausragende künstlerische Begabung vorliegt.

(2) Die Zugangsprüfung findet in der Regel am Ende der Vorlesungszeit für das folgende Semester statt und wird unter der Betreuung der Fakultät Musik von dem Institut für Künstlerische Ausbildung/Klavier organisiert und durchgeführt.

(3) Alle Bewerber und Bewerberinnen müssen ein künstlerisches Entwicklungspotential erkennen lassen, das deutlich über das Niveau des Masterabschlusses hinausweist und das den erfolgreichen Abschluss des Studiengangs „Konzertexamen Klavier“ erwarten lässt.

(4) Zur Zugangsprüfung sind vier repräsentative Werke unterschiedlicher historisch-stilistischer Provenienz vorzubereiten, wobei nach Möglichkeit die Bereiche Barock – Klassik – Romantik/Klassische Moderne und Neue Musik zu berücksichtigen sind. Die Auswahl unter Berücksichtigung der Aspekte stilistische Vielfalt, Repräsentanz und Schwierigkeitsgrad obliegt dem Bewerber bzw. der Bewerberin und wird von der Kommission als Teil der zu bewertenden, künstlerischen Gesamtleistung angesehen. Sie müssen dabei das Potential zur Entwicklung einer herausragenden musikalischen Persönlichkeit erkennen lassen. Die Kommission behält sich vor, nur Teile des vorbereiteten Programms anzuhören.

(5) Die Bewerbungsfristen für die im Falle der bestandenen Zugangsprüfung zusätzlich erforderliche Online-Bewerbung werden rechtzeitig vorher veröffentlicht.

§ 4 Entscheidung über die Zulassung

(1) Der Bewerber oder die Bewerberin wird zum Studium zugelassen, wenn er oder sie auf Grund des Ergebnisses der Zugangsprüfung die für den gewählten Studiengang erforderliche herausragende künstlerische Begabung nachgewiesen und die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 2 erfüllt hat.

(2) Das Ergebnis des Zulassungsverfahrens ist dem Bewerber oder der Bewerberin nach Abschluss der Beratungen und Überprüfung der eingereichten Unterlagen schriftlich bekannt zu geben. Für den Bewerber oder die Bewerberin negative Entscheidungen sind mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

(3) Eine erfolgte Zulassung gilt für das sich anschließende Semester. Über Ausnahmen entscheidet die Zulassungskommission.

§ 5 Zulassungskommission

(1) Die Durchführung des Zulassungsverfahrens obliegt der Zulassungskommission. Sie trifft alle hierfür notwendigen Entscheidungen.

(2) Die Zulassungskommission, einschließlich ihres oder ihrer Vorsitzenden sowie des Stellvertreters oder der Stellvertreterin, wird vom Fakultätsrat für die Dauer von zwei Jahren bestimmt. Sie besteht aus dem Dekan bzw. der Dekanin (oder einer von ihm bzw. ihr entsandten Vertretung der Fakultätsleitung) sowie mindestens drei hauptberuflichen Hochschullehrern und hauptberuflichen Hochschullehrerinnen im

Fach Klavier. Hat der Bewerber bzw. die Bewerberin schon vor der Zulassungsprüfung für den Studiengang „Konzertexamen Klavier“ an der Universität der Künste Berlin studiert, so ist der ehemalige Hauptfachlehrer bzw. die ehemalige Hauptfachlehrerin nicht Mitglied der Zulassungskommission. Gewertet wird in geheimer Abstimmung mit „Ja“ oder „Nein“, wobei die Mehrheit der Stimmen über die Aufnahme respektive Ablehnung entscheidet. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

(3) An den Sitzungen der Zulassungskommission nehmen zwei Studierende mit Rederecht teil. Sie werden vom Fakultätsrat bestimmt.

§ 6 Öffentlichkeit

Mitglieder des Lehrkörpers der Universität der Künste Berlin und Bewerber und Bewerberinnen können als Zuhörer bzw. Zuhörerinnen der Zugangsprüfung beiwohnen. Dies gilt nicht für die Beratung und Bekanntgabe der Zulassungsentscheidung.

§ 7 Protokoll

Über jeden Abschnitt der Zugangsprüfung ist ein Protokoll zu führen. In dem Protokoll müssen die Namen der Mitglieder der Zulassungskommission und die Namen der Bewerber und Bewerberinnen, Ort, Datum und Uhrzeit der Prüfungen, die einzelnen Beurteilungen, das Abstimmungsergebnis sowie ggf. die Begründung für die Ablehnung enthalten sein. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden der Zulassungskommission und vom Protokollführer oder von der Protokollführerin zu unterzeichnen.

§ 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

Einzelheiten regelt die Prüfungsordnung für den Studiengang „Konzertexamen Klavier“ in der jeweils geltenden Fassung.

§ 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Zulassungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Anzeiger der Universität der Künste Berlin in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Zulassungsordnung vom 30. November 2011 (UdK-Anzeiger 8//2012 vom 2. Oktober 2012) in der Fassung der 1. Änderungsordnung vom 27. November 2013 (UdK-Anzeiger 3/2014 vom 15. April 2014) außer Kraft.

Neufassung der Sozialfonds-Satzung der Universität der Künste Berlin gemäß § 18a Abs. 5 Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) vom 20. Mai 2015

Präambel

Ziel dieser Satzung ist es, Studierenden, die aufgrund einer finanziellen Notlage nicht in der Lage sind, den Semesterticket-Beitrag aufzubringen, von der Zahlung zu entlasten. Zu diesem Zweck gibt es den Semesterticket-Sozialfonds, in welchen alle Studierenden einen Beitrag einzahlen. In Vom AStA der TU und der UdK eingerichteten Semesterticketbüro kann ein Antrag auf Zuschuss oder Befreiung zum Semesterticket-Beitrag gestellt werden.

Die folgende Sozialfonds-Satzung ist vom Studierendenparlament der Universität der Künste erlassen worden, um zu regeln, nach welchen Bedingungen Anträge gestellt und bewilligt werden können. Das Studierendenparlament kann es nur als vorläufige Lösung hinnehmen, dass Zuschüsse als Erstattung bereits geleisteter Beiträge gezahlt werden. Es beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Universität das Verfahren der Bewilligung so schnell wie möglich so zu verändern, dass begünstigte Studierende nur noch einen um den Zuschussbetrag verringerten Beitrag zahlen müssen.

Das Studierendenparlament der Universität der Künste Berlin hat gemäß § 18 a des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) in der Fassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378) folgende Satzung erlassen:

§ 1 – Gegenstand

(1) Die Studierendenschaft richtet einen Fonds ein, aus dem Zuschüsse an Studierende nach § 18 a Abs. 5 BerlHG geleistet werden. Zu seiner Speisung wird ein Beitrag in Höhe von 1 von Hundert des Semesterticket-Beitrages gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 der Semesterticket-Satzung erhoben. Dabei ist auf volle 10 Cent abzurunden. Die Beitragspflicht bestimmt sich aus der Satzung nach § 18 a Abs. 4 BerlHG. Nicht verbrauchte Mittel werden dem Fonds für das nächste Semester wieder zugeführt.

(2) Studierende, die nicht nach der Satzung nach § 18 a Abs. 3 BerlHG („Semesterticket-Satzung“) für volle sechs Monate von der Beitragspflicht zum Semesterticket befreit sind, können nach den Regelungen dieser Satzung eine Zuzahlung zum Ticketpreis beantragen. Von der Studierendenschaft nach dieser Satzung gewährte Leistungen erfolgen aufgrund von Einzelfallentscheidungen durch das Semesterticketbüro.

§ 2 – Antragsberechtigte

(1) Antragsberechtigt sind Studierende, die mindestens drei Monate im Berechnungszeitraum innerhalb Deutschlands gelebt haben und nachweisen können, dass ihnen eine zum Zahlungszeitpunkt auftretende besondere Härte im Sinne von Abs. 2 das Aufbringen des Semesterticket-Beitrages erheblich erschwert, ihr durchschnittliches monatliches Einkommen den Bedarf im Sinne von Abs. 3 und 4 nicht überschreitet und sie nicht über Vermögen verfügen.

(2) Als besondere Härten gelten insbesondere

1. die Anfertigung der Studienabschlussarbeit zum Zeitpunkt der Zahlungspflicht,
2. eine unentgeltliche oder gering vergütete berufspraktische Tätigkeit mit mindestens 30 Stunden Arbeitszeit pro Woche, soweit sie in der Studienordnung vorgeschrieben ist und mindestens drei Monate dauert,
3. für ausländische Studierende das Fehlen oder die Einschränkung der Arbeitserlaubnis,
4. das Zusammenleben mit mindestens einem minderjährigen Kind,
 - a) wenn man allein für dessen Pflege und Erziehung sorgt,
 - b) wenn man mit Dritten für dessen Pflege und Erziehung sorgt,
5. oder die Verpflichtung zur Leistung von Unterhalt für mindestens ein minderjähriges Kind,
6. wenn man alleine für die Pflege eines kranken, genesenden oder behinderten Menschen sorgt oder diesem Unterhalt leistet,
7. die Notwendigkeit einer kostenaufwändigen Ernährung für kranke, genesende und behinderte Menschen oder von einer Krankheit/Behinderung bedrohte Menschen,
8. Schwangerschaft ab der 12. Woche,
9. Erwerbsminderung nach § 69 Abs. 5 SGB IX (Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe); (Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen G),
10. Eingliederungshilfe für Behinderte nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII (Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe),
11. eine Differenz, die aus dem Einkommen im Sinne von Abs. 4 und Bedarf im Sinne von Abs. 3, Nr. 4 und Nr. 5, die den Bedarf nach Abs. 3, Nr. 1 bis Nr. 3 mindestens in den ersten, oder letzten drei Monaten des Berechnungszeitraumes um 45 von Hundert unterschreitet,
12. Kosten, die im Berechnungszeitraum angefallen sind für
 - a) medizinische oder psychologische Versorgung, die nicht durch eine Krankenversicherung getragen werden und nicht ausschließlich kosmetischen Nutzen haben sowie
 - b) Gerichtsgebühren, Anwaltskosten und Rückzahlungen überzahlter Beträge an Behörden,
13. soweit sie in der Summe einen Betrag von 150 € überschreiten,
14. oder im Einzelfall sonstige, vergleichbare Härten.

(3) Der monatliche Bedarf setzt sich zusammen aus:

1. einem Grundbedarf in Höhe des Regelbedarfs nach § 20 Abs. 2. SGB II (Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende),
2. einer Pauschale für jede Person, gegenüber der die/der Studierende unterhaltspflichtig ist, oder Unterhalt leistet, in Höhe von
 - a) für Partner_innen einer Ehe, Lebenspartnerschaft, ehe-ähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft analog zu §20 Abs. 3 SGB II,
 - b) für Kinder unter 25 Jahren und sonstigen erwachsenen Personen analog zu § 20 Abs. 2 S. 2 SGB II und § 22 Abs. 2a SGB II,
 - c) für Kinder von 0 bis 5 Jahren analog zu § 23 Nr. 1 SGB II,
 - d) für Kinder von 6 bis 13 Jahren analog zu § 23 Nr. 1 SGB II,
 - e) für Kinder von 14 bis 17 Jahre analog zu § 23 Nr. 1 SGB II,

3. einem Mehrbedarf in Höhe von
 - a) 60 €, wenn eine Härte nach § 2, Abs. 2, Nr. 5, 6, oder 7 nachgewiesen ist,
 - b) 160 €, wenn eine Härte nach § 2, Abs. 2, Nr. 8 nachgewiesen ist,
 - c) 150 €, wenn eine Härte nach § 2, Abs. 2, Nr. 4a nachgewiesen ist, für das erste Kind und 50 € für jedes weitere.
4. die Kosten der Unterkunft, einschließlich Heiz- und Nebenkosten sowie einer Pauschale in Höhe von 30 € für Internetnutzung und Rundfunkbeitrag, solange sie insgesamt 450 € nicht überschreiten. Wird ein Bedarf nach Nr. 2 anerkannt, erhöht sich der anrechenbare Betrag um 200 € für jede weitere Person. Ab Wintersemester 2020/21 erhöht sich der Betrag aus Satz 2 um 50 €, der Betrag aus Satz 2 um 25 €,
5. Beträge, die Studierende für ihre Krankenversicherung aufwenden, soweit sie
 - a) nach § 5 I Nr. 9 oder 10 des fünften Sozialgesetzbuches versichert sind,
 - b) der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig beigetreten sind oder
 - c) bei einem Krankenversicherungsunternehmen, das die in § 257 II a und II b des fünften Sozialgesetzbuches genannten Voraussetzungen erfüllt, versichert sind und aus dieser Versicherung Leistungen beanspruchen können, die der Art nach den Leistungen des fünften Sozialgesetzbuches mit Ausnahme des Kranken- und Mutterschaftsgeldes entsprechen.

(4) Die Studierenden haben ihr gesamtes Einkommen zur Beschaffung des Semestertickets einzusetzen. Zum Einkommen gehören in der Regel Einkünfte aus nichtselbständiger und selbständiger Arbeit, Darlehen, Unterhalts- und Zuschusszahlungen, ausbezahlte Mietkaution, Zins- und Divideneinkünfte, Stipendien, Kindergeld, Leistungen nach BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz), WoGG (Wohngeldgesetz), BEEG (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz) und SGB (Sozialgesetzbuch), Renten, Geldgeschenke, Erbschaften sowie alle Netto-Einkünfte in Geld und Geldeswert. Leistungen nach Bestimmungen des BAföG werden voll angerechnet. Leistungen nach Bestimmungen des WoGG sowie Leistungen an die antragsstellende Person nach SGB für Unterkunft werden in dem Maße (prozentual) angerechnet, in dem auch die Miethöhe im Bedarf berücksichtigt wurde. Leistungen nach Bestimmungen der Familienkasse werden voll angerechnet, sofern diese für und an die Antragssteller/innen gezahlt werden. Leistungen nach dem BEEG werden ab dem dreihundertundersten Euro angerechnet. Falls, gegenüber der/dem Antragsstellenden unterhaltspflichtige Personen, nachweislich, ganz, oder teilweise für deren/dessen Grundbedarf aufkommen, wird der tatsächlich geleistete Betrag, oder eine Pauschale in Höhe des halben Grundbedarfs gemäß Abs. 3 Nr. 1 pro Monat als Einkommen angerechnet. Bei Studierenden, die ihren Lebensunterhalt teilweise oder ausschließlich durch Guthaben eines Sperrkontos bestreiten, wird ein Sechstel der Sollsumme des Saldos im Berechnungszeitraum als monatliches Einkommen angerechnet. Von ihm sind abzusetzen:

1. für Studierende, deren Hauptwohnsitz in einem Umkreis von 2 km Luftlinie zu der von ihnen hauptsächlich genutzten Ausbildungsstätte liegt, ein Betrag von monatlich einem Sechstel des Semesterticket-Beitrages, abgerundet auf ganze Euro.
 2. für Studierende, deren Hauptwohnsitz außerhalb des Tarifbereichs Berlin ABC liegt, ein Betrag von monatlich einem Sechstel der Kosten für das „Zusatticket zum Semesterticket Berlin“ (Teil C Punkt 1.5 VBB-Tarif), falls es vom Studierenden erworben wurde und für das selbe Semester gilt, für das auch der Antrag auf Zuschuss gestellt wurde,
 3. Arbeitsvermittlungsgebühren,
 4. Beträge, die sich für die unter § 2, Abs. 2, Nr. 11 entstandenen Kosten geliehen wurden,
 5. Kosten bis zur Höhe von 1200,- Euro, die im Berechnungszeitraum für die Tilgung von Krediten oder Schulden anfallen und tatsächlich im Berechnungszeitraum aufgebracht wurden,
 6. Kosten für Verbrauchsmaterial zur Anfertigung von prüfungsrelevanten, praktischen Studienarbeiten, die den Betrag von 150,- Euro im Berechnungszeitraum übersteigen bis zu einer Höhe von maximal 500,- Euro. Verbrauchsmaterialien sind Materialien aus denen Studienarbeiten angefertigt werden oder die zur Durchführung von Studienleistungen aufgebraucht werden,
 7. Studiengebühren für bezahlpflichtige Studiengänge,
 8. Gebühren für Kinderbetreuung
 9. im Berechnungszeitraum hinterlegte Mietkaution
- (5) Studierende haben ihr Vermögen einzusetzen. Von ihm sind abzusetzen:
1. ein Grundbetrag in Höhe von Tausend von Hundert des Rückmeldebetrags,
 2. einer Pauschale in Höhe von 1000 € für jede Person gegenüber der die/der Studierende unterhaltspflichtig ist,
 3. bei Sperrkonten der tatsächliche, nicht verfügbare Sperrbetrag zum Zeitpunkt der Leistung des Semesterticketbeitrages,
 4. auf Antrag ein weiterer Teil des Vermögens, wenn dadurch unbillige Härten vermieden werden.

§ 3 – Vergabekriterien

(1) Bei Studierenden, die besondere Härten gemäß § 2 Abs. 2 geltend machen können, erfolgt eine Zuzahlung zum Semesterticket-Beitrag

1. nach dem Verhältnis von Einkommen und Bedarf,
2. nach dem Zeitraum, für den die Härtegründe bestehen, die sich aus § 2 Abs. 2 Nr. 1 bis 10 ergeben, oder falls sie in einer Entscheidung nach § 2 Abs. 2 Nr. 12 als vergleichbar anerkannt werden und
3. nach dem Umfang von Zahlungsverpflichtungen, wie sie sich aus § 2 Abs. 2 Nr. 11 ergeben, oder falls sie in einer Entscheidung nach § 2 Abs. 2 Nr. 12 als vergleichbar anerkannt werden.

(2) In den Fällen des § 2 Abs. 2 Nr. 1, oder 2 bemisst sich der Zeitraum im Sinne von Abs. 1 Nr. 2 nach der zum Zeitpunkt der Zahlungspflicht (Ende der Rückmeldefrist bzw. Zeitpunkt der Zulassung) bereits vergangenen Zeit seit Eintreten des Härtegrundes. Bei Zugehörigkeit zu der in § 2 Abs. 2 Nr. 3 genannten Personengruppe bemisst sich der Zeitraum nach der Differenz des mit dem Aufenthaltstitel verknüpften maximalen Zeitraums, an dem Arbeit aufgenommen werden darf, und einem Jahr. Bei Zugehörigkeit zu der in § 2 Abs. 2 Nr. 4 bis 9 genannten Personengruppe ist von einem unabsehbaren Zeitraum auszugehen. In den Fällen des § 2 Abs. 2 Nr. 10 wird als Zeitraum im Sinne von § 4 Abs. 2 „mehr als 3 Monate“ angenommen, wenn der Härtegrund in den ersten, oder letzten drei zusammenhängenden Monaten erfüllt ist und „mehr als 6 Monate“, wenn der Härtegrund in allen sechs Monaten des Berechnungszeitraumes erfüllt ist.

§ 4 – Bewertung der Kriterien

- (1) Um das Zuschusskriterium des § 3 Abs. 1 Nr. 1 zu bewerten, wird für je vollendete 17 €, die das Einkommen im Sinne von § 2 Abs. 4 unter dem Bedarf im Sinne von § 2 Abs. 3 liegt, für den Antragsteller oder die Antragstellerin ein Punkt vergeben.
- (2) Um das Zuschusskriterium des § 3 Abs. 1, Nr. 2 zu bewerten, werden je nach Zeitraum zusätzlich folgende Punktzahlen vergeben:
 - a) mehr als 3 Monate 5 Punkte
 - b) mehr als 6 Monate 10 Punkte
 - c) unabsehbare Zeiträume 15 Punkte
- (3) Um das Zuschusskriterium des § 3 Abs. 1 Nr. 3 zu bewerten, wird für je vollendete 50 € der bewerteten Kosten ein weiterer Punkt vergeben, jedoch höchstens 10 Punkte.

§ 5 – Verteilung der Mittel

- (1) Von den im Fonds zur Verfügung stehenden Mitteln werden an Studierende, die sich zurückmelden, für das Wintersemester höchstens 80 Prozent ausgeschüttet, für das Sommersemester höchstens 90 Prozent. Für die Verteilung der jeweiligen Mittel wird vom Semesterticketbüro ein Stichtag festgesetzt. Die auszuschüttenden Mittel werden so vollständig wie möglich unter denjenigen Studierenden verteilt, über deren Antrag bis zu diesem Zeitpunkt positiv entschieden wurde.
- (2) Die Zuschüsse werden so verteilt, dass der tatsächliche Zahlungsbetrag je Semester einschließlich des Sozialfondsbeitrages überschritten, wird nur dieser Betrag vergeben (Vollzuschuss). Teilzuschüsse werden auf ganze Euro abgerundet. Besteht eine Beitragspflicht nur für einen Teilzeitraum des Semesters, so ist der errechnete Betrag mit der Zahl der Befreiungsmonate zu multiplizieren und durch sechs zu teilen.
- (3) Für Studierende, die einen Zuschuss bewilligt bekommen und für das gleiche Semester teilweise von der Zahlungspflicht zum Semesterticket befreit wurden, errechnet sich der tatsächliche Zuschuss aus der Differenz von dem berechneten Zuschuss und dem Teilerstattungsbetrag.
- (4) Die verbleibenden Mittel werden in der Reihenfolge des Antragsingangs an Studierende ausgeschüttet, über deren Antrag erst nach dem Stichtag entschieden werden kann. Für die Höhe dieser Zuschüsse ist für jede Punktzahl derjenige Zahlungsbetrag maßgeblich, der nach Absatz 2 an sich zurückmeldende Studierenden vergeben wurde. Danach übrig bleibende Mittel werden auf das nächste Semester übertragen.

§ 6 – Antragsunterlagen

Der Antrag muss das vollständig ausgefüllte Formblatt, alle Nachweise sowie eine unterschriebene Versicherung über die Richtigkeit aller gemachten Angaben enthalten. Alle Angaben sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Die Unterlagen müssen plausibel erklären, wie die/der Studierende ihre/seine monatlichen Kosten deckt und Rücklagen zur Zahlung der Semesterbeiträge bildet. Liegt ein zum Antragszeitpunkt gültiger Bescheid nach BAföG, BEEG, SGB oder nach WoGG vor, so ist dieser beizufügen.

§ 7 – Antragsfristen

Der Antrag auf einen Zuschuss zum Semesterticket-Beitrag muss spätestens bis zum Ende der Rückmeldefrist für Studierende, die sich zurückmelden, oder spätestens bis sechs Wochen nach der Immatrikulation für Studierende, die sich immatrikulieren, vollständig beim Semesterticket-Büro eingegangen sein. Nach Ablauf der Frist wird der Antrag nicht mehr bearbeitet, es sei denn die/der Studierende kann nachweisen, dass er/sie die Gründe zur Überschreitung der Frist nicht zu vertreten hat. Für die Berechnung der Zuschusssumme gelten dann die Regelungen des § 5 Abs. 3 sinngemäß.

§ 8 – Bewilligungszeitraum

Entscheidungen gelten nur für Beitragszahlungen, zu denen der oder die Studierende von der Hochschule aufgefordert wurde. Ein rückwirkender Zuschuss wird nicht gewährt.

§ 9 – Antragsbearbeitung

- (1) Die zuständige Stelle für die Entscheidung über alle Anträge auf Zuschüsse ist das Semesterticketbüro. Alle personenbezogenen Daten sind vertraulich zu behandeln. Die Bearbeitungsreihenfolge wird durch den Eingang der Anträge bestimmt.
- (2) Das Ergebnis ist der/dem Studierenden schriftlich mitzuteilen. Dabei ist anzugeben, wie viele Punkte an den/die Studierende vergeben wurden und ab welcher Punktzahl ein Vollzuschuss vergeben wurde. Eine Ablehnung sowie die Nichtanerkennung von geltend gemachten Härten ist zu begründen.
- (3) Falls der/dem Studierenden ein Zuschuss zum Semesterticket gewährt wird, ist dieser an ihn oder sie auszuzahlen.

§ 10 – Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Anzeiger der Universität der Künste Berlin mit Wirkung zum Wintersemester 2015/2016 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Sozialfonds-Satzung vom 21. Januar 2009, (UdK-Anzeiger 5/2009 vom 07. Mai 2009) außer Kraft.



UdK Berlin

Herausgeber:
Referat für Studienangelegenheiten
der Universität der Künste Berlin
im Auftrag des Präsidenten der UdK Berlin

Redaktion: Stud-L

Einsteinufer 43-53, 10587 Berlin
postalisch: Postfach 12 05 44, 10595 Berlin

Tel. 030 3185-2421